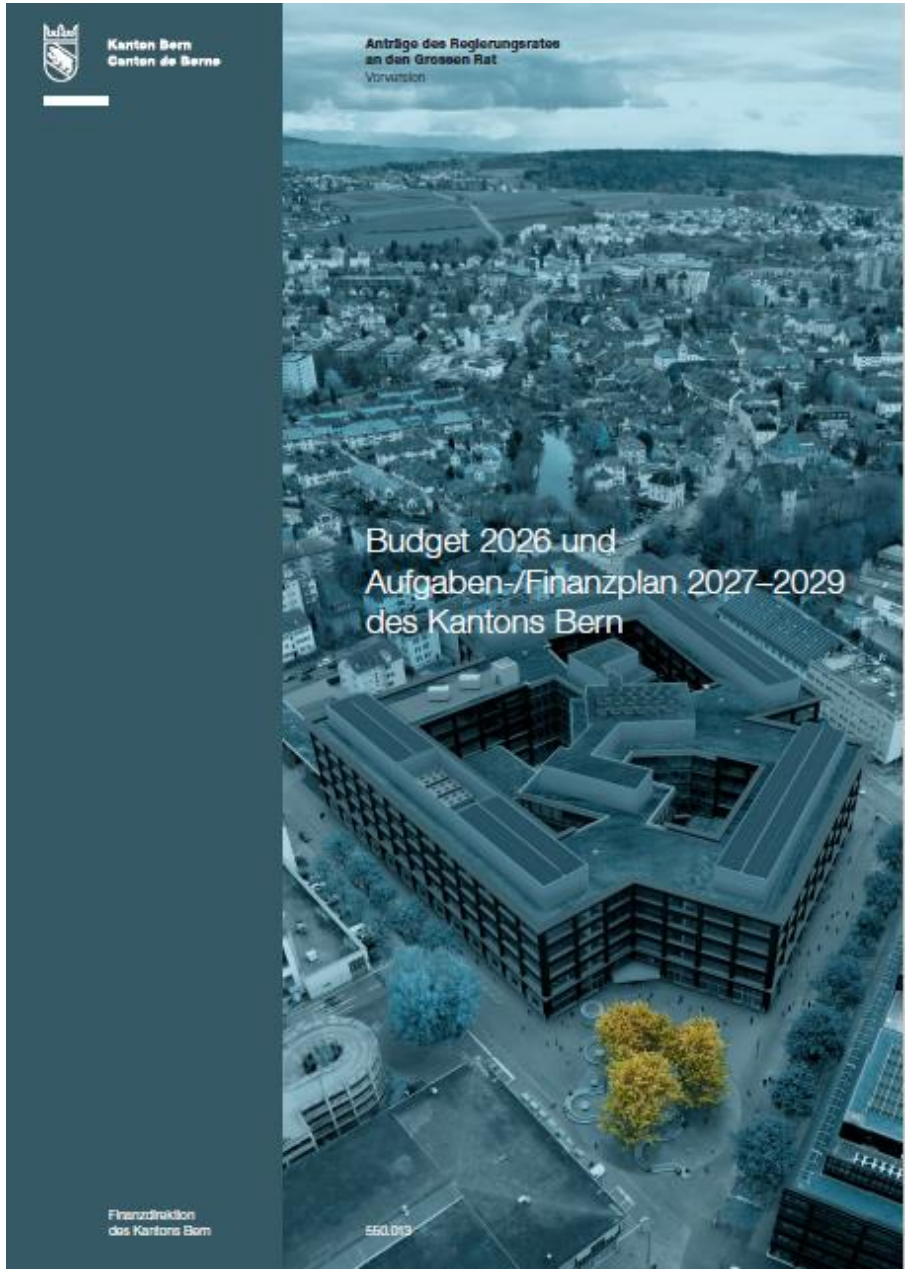
Kanton Bern
Canton de Berne

Medienkonferenz vom 22. August 2025

Budget 2026 Aufgaben-/Finanzplan 2027–2029

Regierungsrätin Astrid Bärtschi
Finanzdirektorin des Kantons Bern

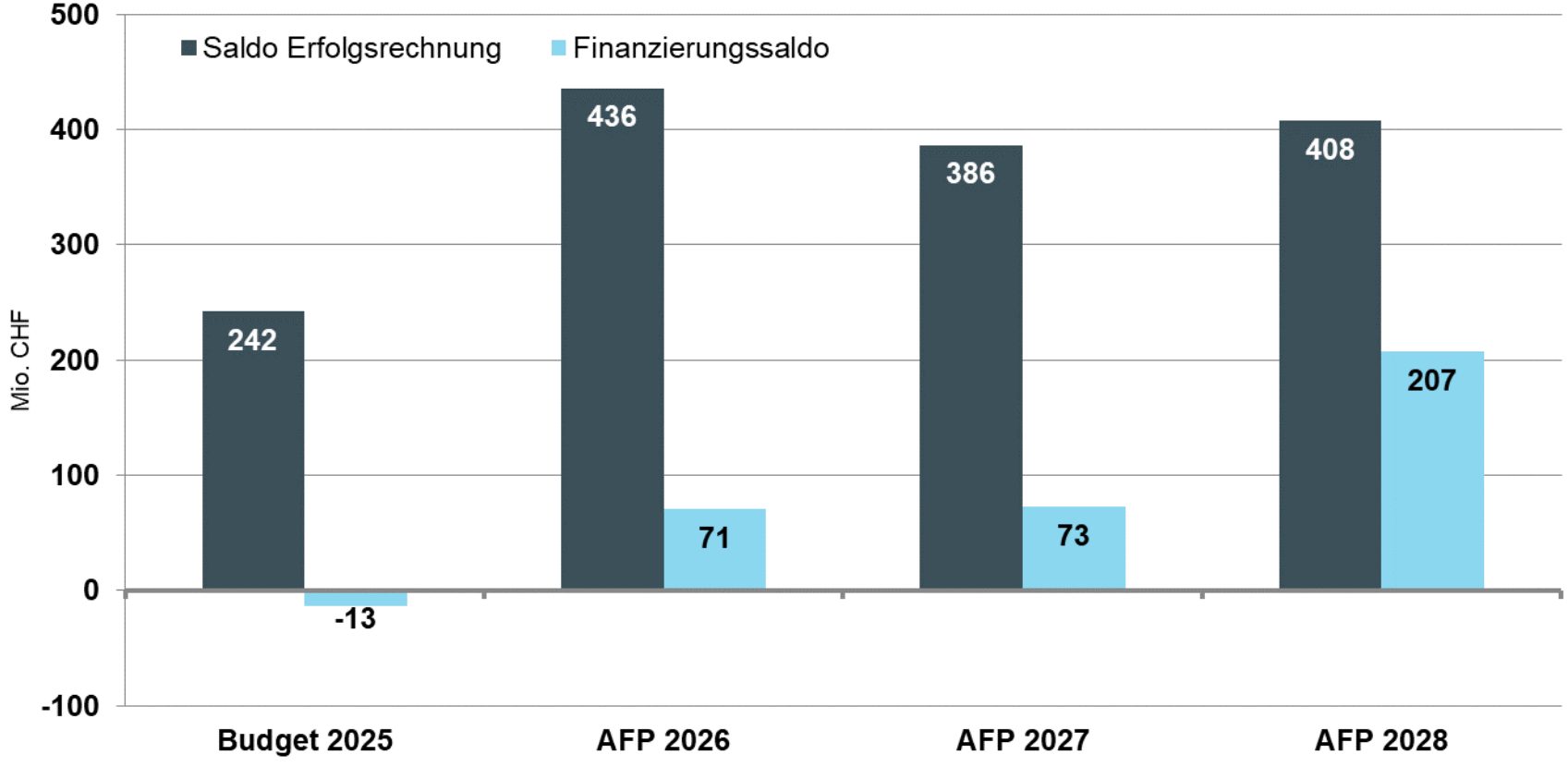


Agenda

- Ausgangslage und Eckwerte Budget 2026 und Aufgaben-/Finanzplan (AFP) 2027–2029
- Haupteinflüsse auf das Planungsergebnis
- Finanzpolitische Würdigung

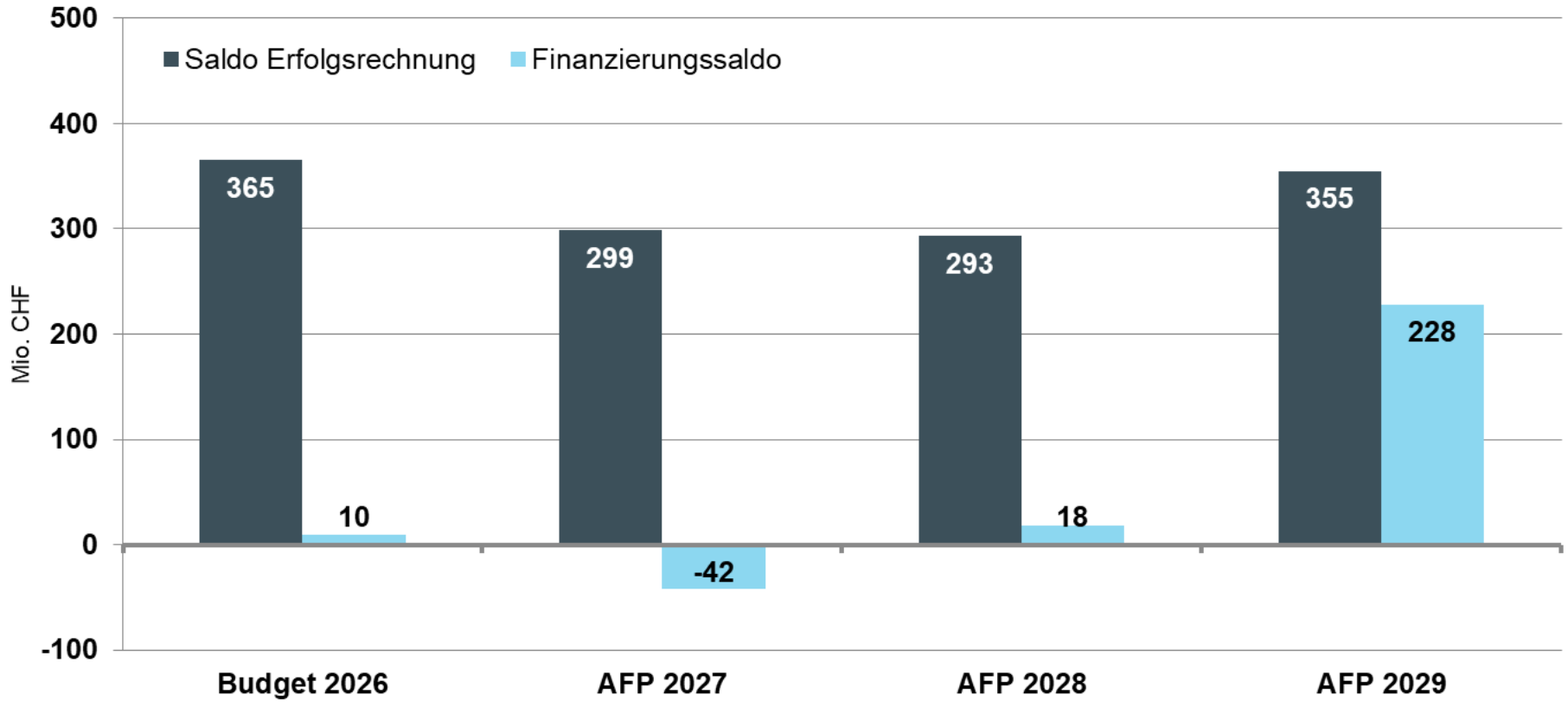
Ausgangslage und Eckwerte Budget 2026 / AFP 2027–2029

Ausgangslage Planungsprozess 2025



Fondsauflösungen (Finanzierung Investionsmehrbedarf)	CHF 134 Mio.	CHF 218 Mio.	CHF 0 Mio.	CHF 0 Mio.

Eckwerte Budget 2026 und AFP 2027–2029

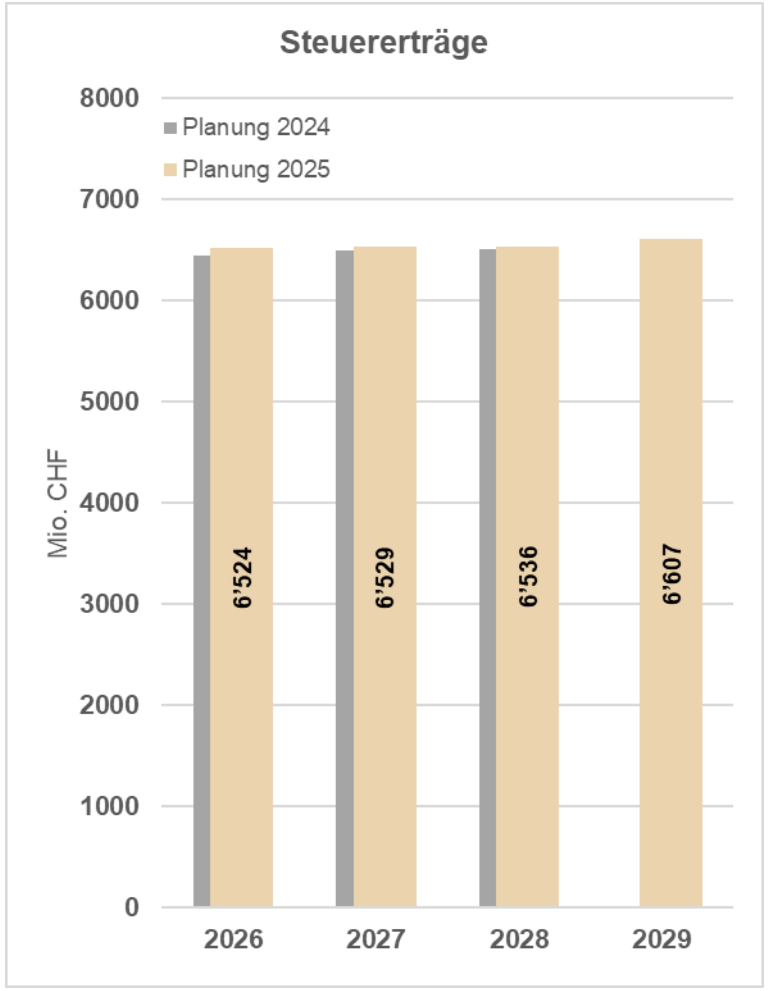


Fondsauflösungen (Finanzierung Investionsmehrbedarf)	CHF 230 Mio.	CHF 22 Mio.	CHF 0 Mio.	CHF 0 Mio.

Haupteinflüsse auf das Planungsergebnis

Steuererträge und steuerpolitische Massnahmen

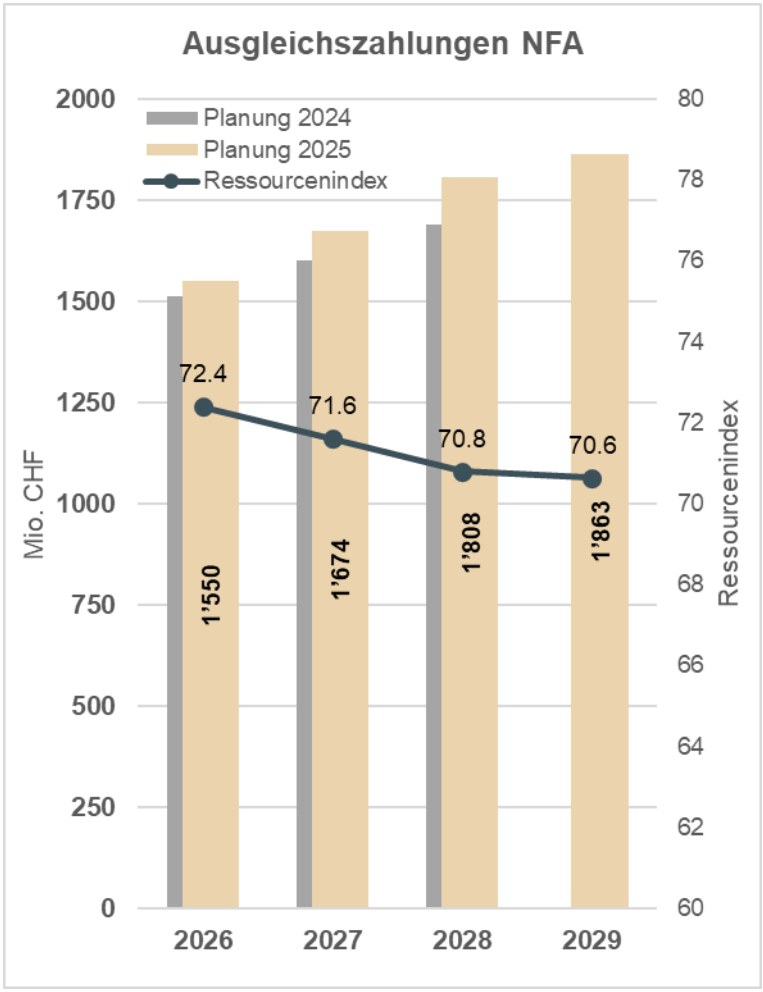
Massnahme	Mindererträge (Mio. CHF)					
	RE 2024	Budget 2025	Budget 2026	AFP 2027	AFP 2028	AFP 2029
Steueranlagesenkung **juristische Personen** um 2.0 Steuerzehntel	40	40	40	40	40	40
Steueranlagesenkung **natürliche Personen** um 0.5 Steuerzehntel		79	79	79	79	79
Steuergesetzrevision 2027:						
1. Glättung der Progression				39	134	134
2. Abschaffung Heiratsstrafe bei der Vermögenssteuer/Leibrenten				10	10	10
Steueranlagesenkung **natürliche Personen**				80	120	120
Steueranlagesenkung **juristische Personen**						60
Total	**40**	**119**	**119**	**248**	**382**	**442**



Nationaler Finanzausgleich (NFA)

Ausgleichszahlungen aus dem NFA

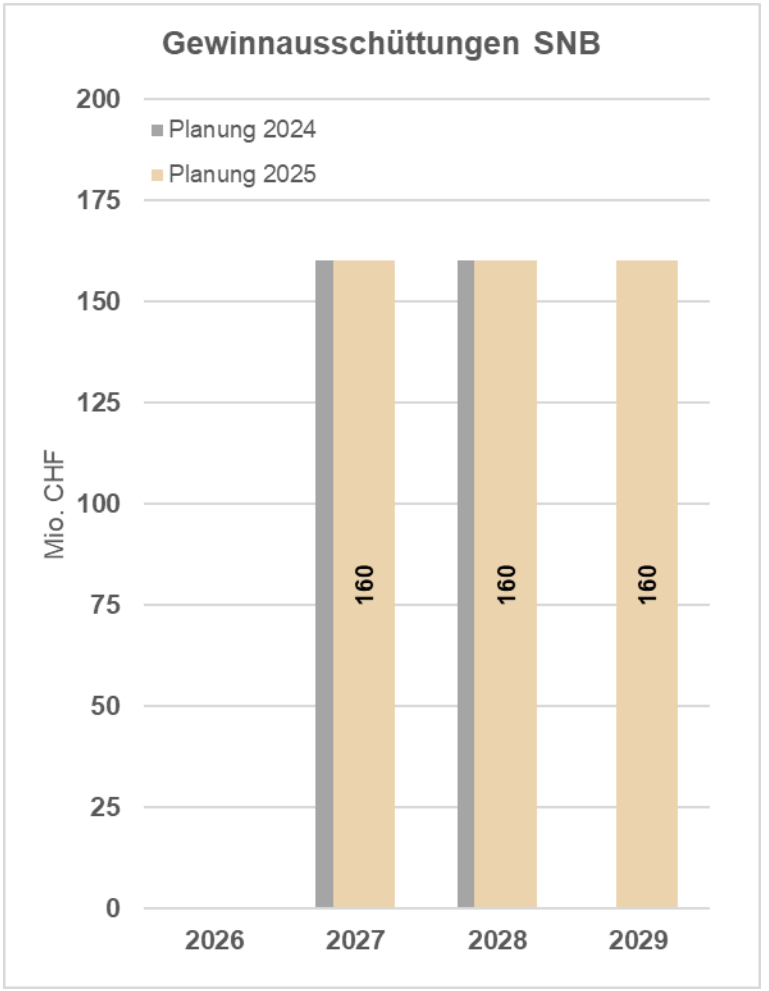
- STAF-Anpassungen im NFA werden seit 2024 stufenweise wirksam.
- Das Ressourcenpotenzial des Kantons Bern entwickelt sich im CH-Vergleich unterdurchschnittlich. In der Folge reduziert sich der Ressourcenindex und die Ausgleichszahlungen steigen.



Schweizerische Nationalbank (SNB)

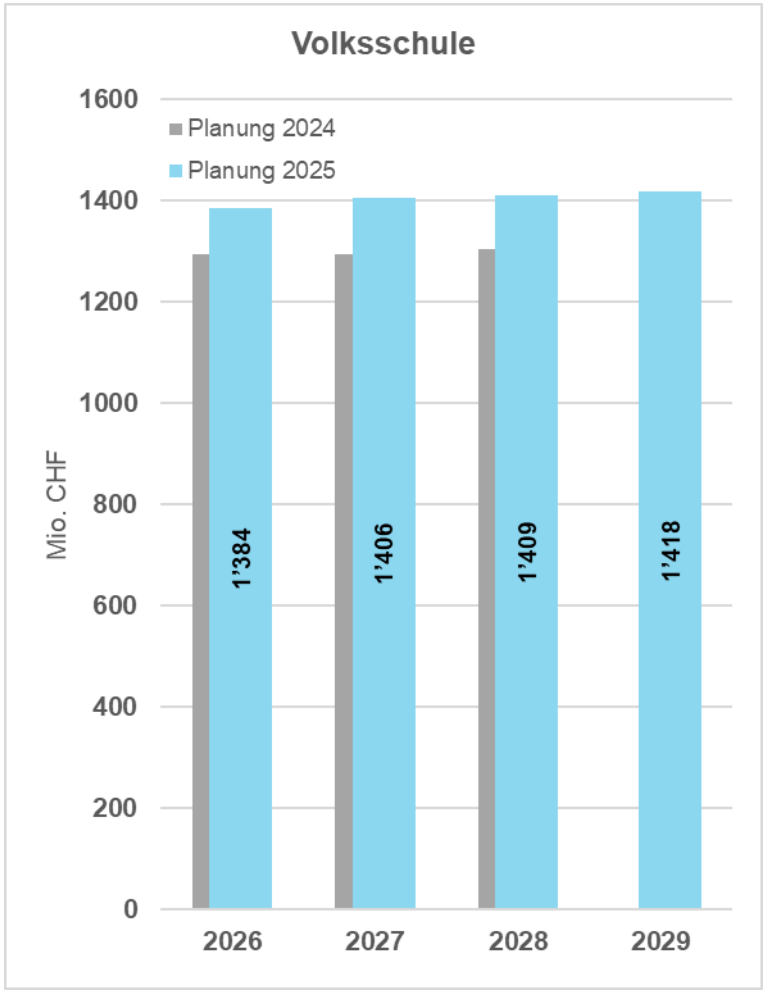
Budgetierte Gewinnausschüttungen

Jahr	Budget 2026	AFP 2027–2029
Ausschüttung	Keine Gewinn-ausschüttung	«doppelte» Gewinn-ausschüttung
Ertrag pro Jahr	CHF 0 Mio.	CHF 160 Mio.



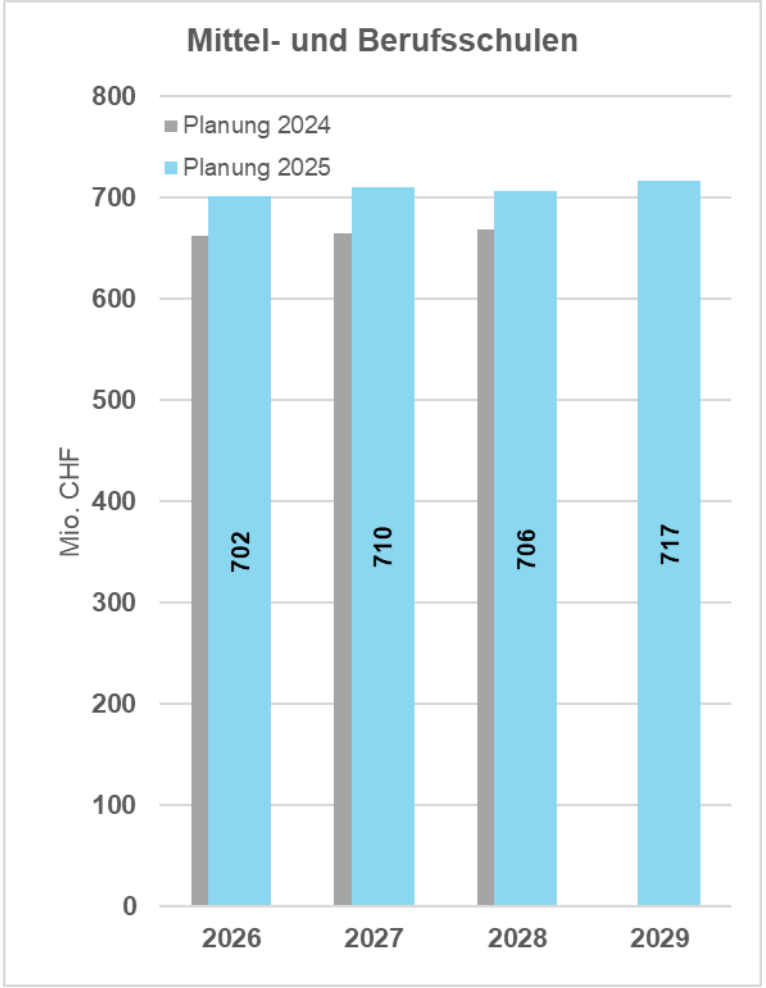
Volksschule und schulergänzende Angebote

- Berücksichtigung der demografischen Entwicklung in der Regelschule und in der besonderen Volksschule
- Berücksichtigung von Erkenntnissen aus dem Rechnungsergebnisses 2024



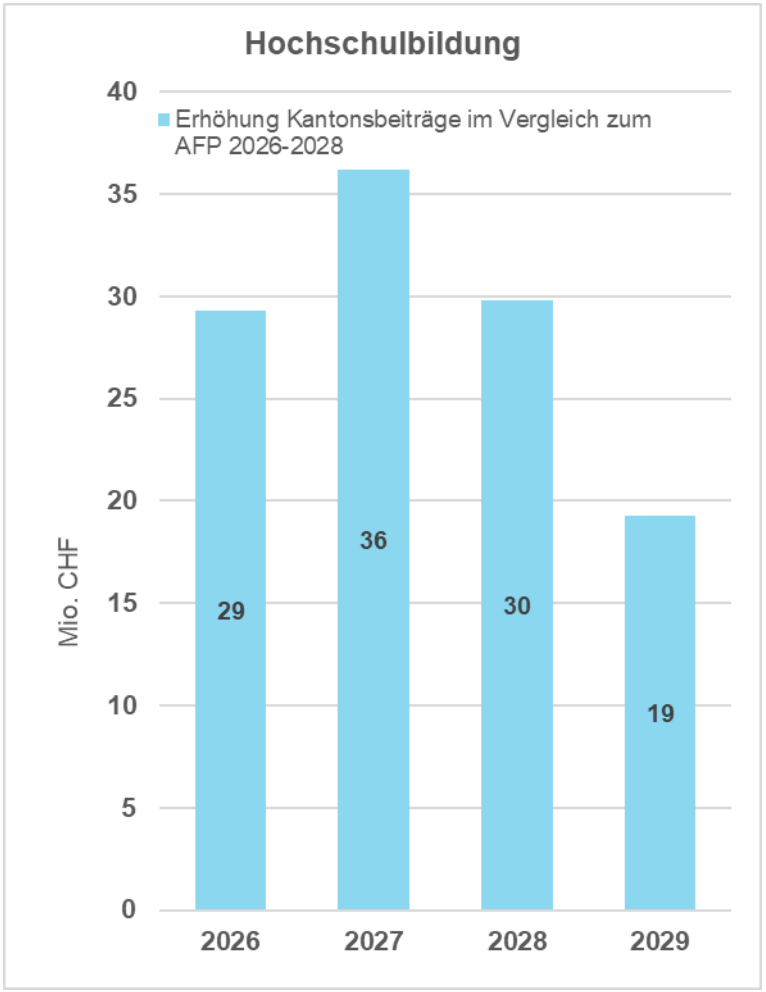
Mittelschulen und Berufsbildung

- Berücksichtigung der demografischen Entwicklung bei den Mittel- und Berufsschulen
- Berücksichtigung von Erkenntnissen aus dem Rechnungsergebnisses 2024



Hochschulbildung

- Das Budget 2026 und der AFP 2027–2029 tragen der finanziellen Ausgangslage der bernischen Hochschulen Rechnung.
- Die Kantonsbeiträge an die Hochschulen werden erhöht.

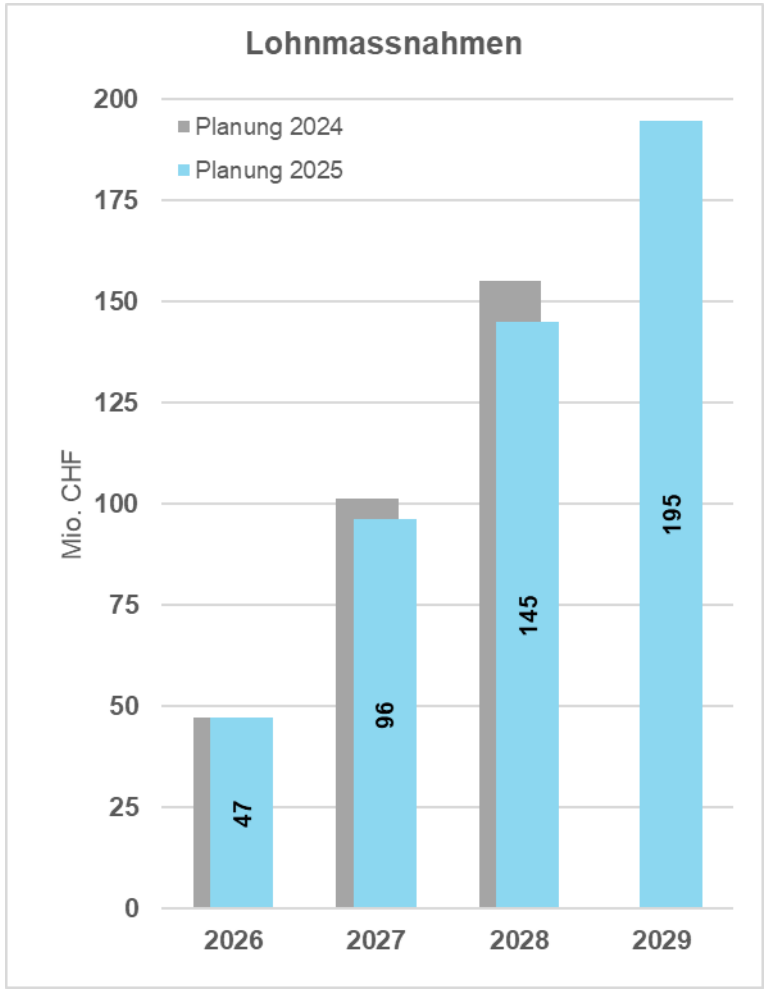


Lohnmassnahmen

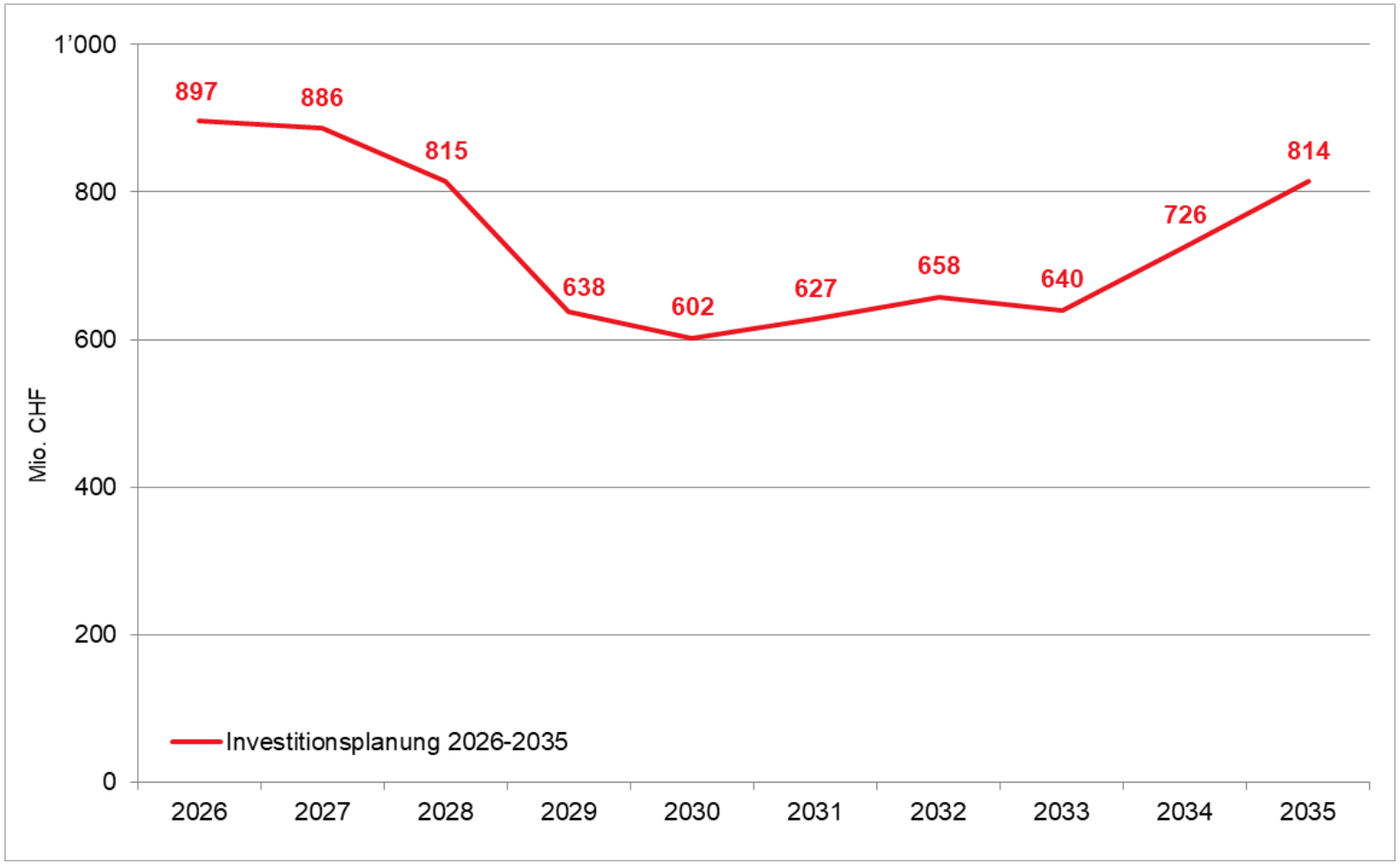
Kantonspersonal und Lehrkräfte

	Budget 2026	AFP 2027	AFP 2028	AFP 2029
Teuerungsausgleich	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%
Individueller Gehaltsaufstieg	1.3% [1)]	1.3%	1.3%	1.3%
Total	1.8% [2)]	1.8%	1.8%	1.8%

[1)] Lehrkräfte: 1.5%
[2)] Lehrkräfte: 2.0%



Investitionsbedarf



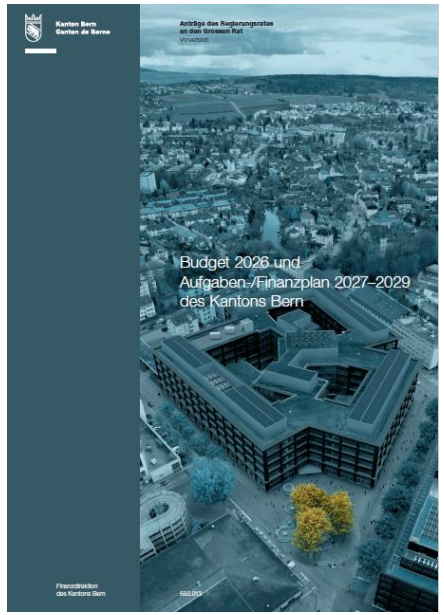
Finanzpolitische Würdigung

Positives Planungsergebnis mit hohen Ertragsüberschüssen

Mit dem Budget 2026 und AFP 2027–2029 werden strategische Ziele konkretisiert:

- Umsetzung Steuerstrategie
- Realisierung hoher Investitionsbedarf
- Gewährung angemessener Lohnmassnahmen

Gleichzeitig resultieren substanzielle Ertragsüberschüsse und ein Schuldenabbau von über CHF 200 Mio. über vier Jahre.



Umsetzung der Steuerstrategie auf Kurs

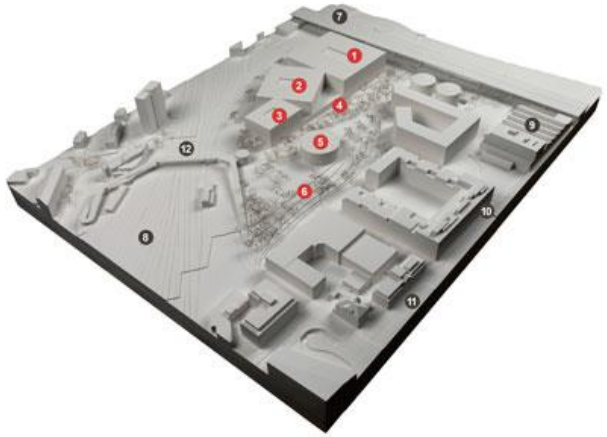
– Nach 2024 und 2025 folgen ab 2027 weitere Schritte zur Umsetzung der Steuerstrategie:

	Budget 2026	AFP 2027	AFP 2028	AFP 2029
Steuergesetzrevision 2027:				
1. Glättung der Progression		39	134	134
2. Abschaffung Heiratsstrafe bei der Vermögenssteuer/Leibrenten		10	10	10
Steueranlagesenkung **natürliche Personen**		80	120	120
Steueranlagesenkung **juristische Personen**				60

– Von 2024 bis 2029 sind steuerpolitische Massnahmen von jährlich bis zu CHF 440 Mio. geplant.

– Die Steuerstrategie sieht Massnahmen von CHF 500 Mio. bis 2030 vor.

Anhaltend hoher Investitionsbedarf



- Budget 2026 und 2027/2028 enthalten einen hohen Investitionsbedarf.
- Priorisierung des Investitionsbedarfs aus der Budgetdebatte 2024 gibt vor, dass für den Investitionsmehrbedarf 2022 bis 2031 eine Neuverschuldung von maximal CHF 500 Mio. eingegangen werden kann.
- Es besteht eine realistische Chance, dass der hohe Investitionsbedarf mit einer tieferen Neuverschuldung oder gar ohne Neuverschuldung bewältigt werden kann.

Planung enthält angemessene Lohnmassnahmen

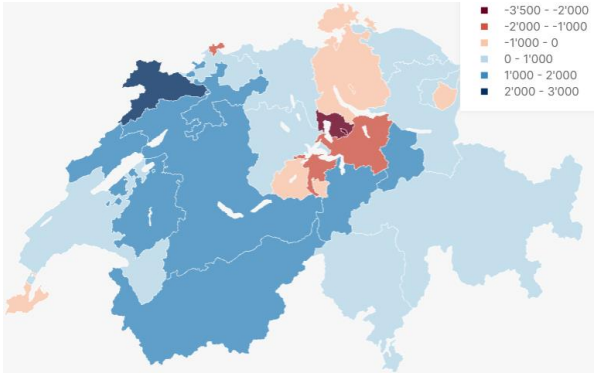
- Mit einem Teuerungsausgleich von 0.5% ist der Regierungsrat mit Blick auf die in den vergangenen Jahren nicht vollständig ausgeglichene Teuerung bereit – im Sinne eines personalpolitischen Zeichens – im Budgetjahr 2026 einen Teuerungsausgleich zu entrichten, welcher leicht über der März-Prognose des Seco liegt (0.3%).
- Künftig unternimmt der Regierungsrat keine weiteren Anstrengungen mehr, um den sog. «Rückstand auf die Teuerung» aufzuholen.

Hohes Aufwandwachstum in einzelnen Bereichen …

- Hoher Mehrbedarf insbesondere im Bildungsbereich auf sämtlichen Schulstufen
- Weitere, sich kumulierende Mehrkosten in anderen Aufgabenbereichen

… kann durch Mehrerträge kompensiert werden

- Steigende Ausgleichszahlungen aus dem Nationalen Finanzausgleich
- Mehrerträge bei den Steuern im Vergleich zu den bisherigen Planwerten



Finanzpolitische Perspektiven im Spannungsfeld von Chancen und Risiken

- Budgetierte SNB-Gewinnausschüttungen 2027 bis 2029 als Risiko – Chance einer Gewinnausschüttung 2026
- Unsicherheiten in Bezug auf die budgetierten Steuererträge und Ausgleichszahlungen aus dem NFA
- Risiken aus dem Entlastungspaket des Bundes (EP 27)
- Finanzielle Lage der versorgungsrelevanten Spitäler und Psychiatrien

Diese Risiken könnten insbesondere ab 2027 zu einer Verschlechterung der finanziellen Ausgangslage führen. Auch aufgrund der geopolitischen Entwicklungen sind in Zukunft weiterhin eine zurückhaltende Planung und Ausgabenpolitik angezeigt.

Budget 2026 / AFP 2027–2029 – das Wichtigste auf einen Blick

Fragen und Antworten

Kontakt

Astrid Bärtschi
Finanzdirektorin
astrid.baertschi@be.ch